



Niederschrift

-öffentlich-

über die

Sitzung des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü.

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 19.02.2025
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:03 Uhr
Ort, Raum: Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

Anwesend waren:

Landrat

Eberth, Thomas

Weitere Mitglieder IKA Stadt Wü

Schuchardt, Christian

Mitglieder der CSU Fraktion

Braunreuther, Sarah

Vertretung für Herrn Jürgen Götz

Krämer, Helmut

Rothenbacher, Andrea

Schmitt, Roland

Vertretung für Herrn Paul Lehrieder

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Hansen, Sebastian

anwesend ab 16:03 Uhr

Labeille, Aljoscha

anwesend ab 16:03 Uhr

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Rützel, Thomas

Schömig, Klara

Mitglieder der SPD Fraktion

Haupt-Kreutzer, Christine

Mitglieder der FDP/ödp-Fraktion

Kuhl, Florian

Weitere Mitglieder IKA Stadt Wü

Dehne, Niklas

anwesend ab 16:02 Uhr

Grötsch, Christa

Heilig, Martin

Hofmann, Josef

Kerner, Christiane

Kolbow, Alexander

Pohl, Petra

anwesend ab 16:02 Uhr

Roth, Wolfgang

Schloßareck, Michael

Schubert, Kurt

Protokollführerin

Scholl, Roswitha

Außerdem anwesend:

Herr Braminski, Persönlicher Mitarbeiter des Oberbürgermeisters, Stadt Würzburg
Herr Richter, Projektleiter, Smarte Region stadt.land.wü.
Herr Bühler, Gesellschafter Tourismus-, Kommunal- und Regionalentwicklung, neuland+
1 Vertreter der Medien
Diverse Zuhörer

vom Landratsamt:

S - Herr Dröse
ZFB 3 - Frau Schumacher

Abwesend/Entschuldigt:

Mitglieder der CSU Fraktion

Götz, Jürgen	entschuldigt
Lehrieder, Paul	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Smarte Region Würzburg: Verlängerung der Projektlaufzeit **SFB8/017/2025**
2. Entwicklungsstrategie stadt.land.wü. **SFB8/018/2025**
3. Bericht über die Planungen zur Sanierung der Leistenstraße, Würzburg **StabL/049/2025**

Landrat Thomas Eberth begrüßt alle anwesenden Mitglieder des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü., die Damen und Herren der Stadtverwaltung und der Landkreisverwaltung, das Team Smarte Region stadt.land.wü und das Büro neuland+ sowie den Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist, mit der Tagesordnung Einverständnis besteht und die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

Nachdem hinsichtlich der ausgelegten Niederschrift der Sitzung des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü. vom 16.10.2024 der Stadt Würzburg keine Fragen und Änderungswünsche vorliegen, gilt diese als genehmigt.

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 19.02.2025	Vorlage: SFB8/017/2025
		TOP 1
		öffentlich

Fachbereich: SFB8 - Regionalmanagement, Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung

Betreff:

Smarte Region Würzburg: Verlängerung der Projektlaufzeit

Anlage/n:

- 1. Anpassung der Vereinbarung vom 15.12.2021 über die Zusammenarbeit und die Aufteilung der Kosten für die Umsetzung des Projektes „stadt.land.smart“ im Rahmen des Förderprogramms „Modellprojekte Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung“ von Stadt und Landkreis Würzburg.
- Präsentation

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 14.11.2024 und 12.12.2024 teilte die KfW-Bank in Berlin mit, dass eine kostenneutrale Verlängerung des Projekts Smarte Region Würzburg um ein Jahr, bis Ende 2027, möglich ist. Den Schreiben vorausgegangen waren entsprechende schriftliche Anfragen der Stadt Würzburg aus den Monaten März und Mai 2024 an das Bundesministerium für Wohnungswesen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB).

Für die Projektverlängerung werden keine neuen Fördermittel zur Verfügung gestellt, sondern lediglich die bereits durch Förderzusage vom 07.12.2021 zugesicherten Mittel ein Jahr länger verfügbar sein und abgerufen werden können. Die Projektverlängerung führt zu keinen Mehrkosten für die Stadt und den Landkreis Würzburg. Es sind keine weiteren Eigenmittel über das seit 2021 feststehende Maß hinaus in den kommunalen Haushalten einzuplanen.

Die Smarte Region hat aktuell bereits viele Projekte in der Umsetzung. Hier sei vor allem das Engagement der Smarten Region im Stadtbezirk Dürrbach und in der Stadt Ochsenfurt erwähnt. Umgesetzt wurde im Stadtbezirk Dürrbach das sog. **Heimatmanagement** (Quartiersmanagement mit Digitalfokus) und ein Begegnungsort in Form eines Tiny Houses mit digitaler Infrastruktur (Infosteile). In der Stadt Ochsenfurt soll im sog. Bollwerk ein Begegnungsort in Form eines klimaresilienten Gartens mit moderner Infrastruktur geschaffen werden. Vorbereitende Arbeiten sind bereits erfolgt. Eine Infosteile ist installiert.

Zur Ehrenamtsunterstützung in der Maßnahme „**Heldenhelfer**“ läuft momentan die Ausschreibung für die Umsetzung der digitalen Ehrenamtsplattform. Die Vergabe soll im ersten Quartal 2025 erfolgen und der noch zu findende Bieter im zweiten Quartal 2025 mit der Umsetzung der Plattform beginnen.

In Zusammenarbeit mit den Würzburger Hochschulen wird derzeit bereits das Webangebot <https://gesund-studieren-wuerzburg.de/> aufrechterhalten und soll bis zum Ende der Förderperiode zur umfassenden **Vermittlungsplattform für Unterstützungsangebote** für Menschen in Belastungssituationen ausgebaut werden.

Bereits heute existent ist das **Bürgerbeteiligungsportal** <https://wuerzburg-mitmachen.de/>, das im Laufe des Jahres 2025 nach erfolgreicher Vergabe in Zusammenarbeit mit vier bis fünf weiteren Kommunen ausgebaut und mit Hilfe von KI-Elementen leichter bedien- und anwendbar gemacht werden soll.

Auch die Umsetzung der **Wue App** ist vorbereitet worden und die Arbeiten im **Smart City Hub**, der übergreifenden Datenaustausch ermöglicht, schreiten voran.

Für die Smarte Region hat sich die Möglichkeit ergeben, die Maßnahme „**Heimatforum**“ um zwei weitere Elemente zu erweitern:

- Das Bürgerhaus Versbach soll zur Stadtteilbücherei (Dritter Ort) ausgebaut werden.
- Ein ähnliches Projekt soll in der Gemeinde Aub umgesetzt werden. Hier ist die bauliche Ertüchtigung eines ehemaligen Gastronomie- und Vereinsheims zum Begegnungsort vorgesehen.

Zu beiden Projekten liegen zwischenzeitlich Förderzusagen vor. Eine Erweiterung des Zeithorizonts über 2026 hinaus bis Ende 2027 ist für eine Umsetzung der beiden baulichen Ertüchtigungsprojekte zentral, da ohne Projektverlängerung sich die beiden Projekte nicht realisieren lassen. Zudem würden zur Verfügung stehende Fördermittel nicht abgerufen werden und verfallen.

Für die erfolgreiche Abwicklung der übrigen Projekte der Smarten Region hätte eine Verlängerung der Projektlaufzeit ebenfalls zahlreiche positive Effekte. Vergabeprozesse, bürokratische Hürden, Absprachen mit wichtigen Interessenvertreterinnen und -vertretern, Absprachen mit anderen Kommunen etc. kosten Zeit, was zum Beginn des Fördermittelprojekts noch nicht absehbar gewesen ist. Zudem bietet die Verlängerung für bereits vorher fertiggestellte Maßnahmen die Möglichkeit einer besseren Evaluierung und Verstetigung über die Projektlaufzeit hinaus.

Eine Zustimmung zur Projektverlängerung durch den Hauptausschuss und Stadtrat der Stadt Würzburg erfolgte bereits in den Sitzungen vom 16.01. und 23.01.2025.

Um das Projekt auch im Jahr 2027 interkommunal mit Stadt und Landkreis Würzburg weiterzuführen, ist es u.a. notwendig, die Projektlaufzeit in der am 15.12.2021 geschlossenen Vereinbarung zwischen Stadt und Landkreis Würzburg zur Zusammenarbeit um ein Jahr zu verlängern bis 31.12.2027. Wie bereits erwähnt, entstehen hierdurch keine Mehrkosten und das Projektbudget wird eingehalten. In diesem Zuge erfolgen auch einige wenige Aktualisierungen, die keine monetären Auswirkungen haben (vgl. hierzu insgesamt Anlage 1).

Zur Sachverhaltsdarstellung wird auch auf den mündlichen Vortrag der Projektleitung im Rahmen der Sitzung verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Interkommunale Ausschuss stadt.land.wü. begrüßt die kostenneutrale Verlängerung des Projekts Smarte Region Würzburg bis zum 31.12.2027 und empfiehlt, dass neben dem Stadtrat auch der Kreistag die Verlängerung befürwortet.

Debatte:

Landrat Eberth gibt bekannt, dass der Stadtrat hierzu bereits getagt und beschlossen habe. Es werde ein Sachstandsbericht erfolgen, damit die Empfehlung an den Kreistag ausgesprochen werden könne, den Projektzeitraum entsprechend zu verlängern.

Herr Richter, Projektleiter Smarte Region stadt.land.wü., gibt einen Sachstandsbericht bezüglich der Projektverlängerung „Smarte Region Würzburg“ und deren Hintergründe anhand einer Präsentation. Er teilt mit, sollte diesbezüglich eine positive Beschlussfassung vorliegen, würde die Kooperationsvereinbarung entsprechend angepasst werden. Weiter gibt er bekannt, dass aufgrund des Fristablaufes bereits der Mittelabrufplan der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) eingereicht wurde, mit dem Hinweis abzuwarten, bis der Beschluss des Kreistages am 24.03.2025 vorliege. Somit seien alle notwendigen Prozesse eingeleitet worden.

Kreisrätin Rothenbacher lobt die Projekte in Aub und Versbach und erkundigt sich nach dem Gesamtkostenumfang und deren Kostenverteilung mit Eigenanteil für Stadt/Gemeinde.

Herr Richter teilt mit, dass der Gesamtkostenrahmen der beiden Projekte in Aub und Versbach insgesamt bei 1,4 Mio. € liege und hiervon 2/3 aus Bundesmitteln und 1/3 durch Stadt und Landkreis gegenfinanziert werde. Generell bestehe Einigung darüber, dass dieser Eigenanteil 2/3 von Stadt und 1/3 vom Landkreis getragen werde.

Landrat Eberth fügt hinzu, dass die Mittel, die bereits im Haushalt eingestellt wurden, nicht erhöht werden, sondern um ein Jahr gestreckt werden.

Nachdem keine weiteren Fragen vorliegen bedankt sich Landrat Eberth beim Team „Smarte Region Würzburg“ für die Ausarbeitung.

Beschluss:

Der Interkommunale Ausschuss stadt.land.wü. begrüßt die kostenneutrale Verlängerung des Projekts Smarte Region Würzburg bis zum 31.12.2027 und empfiehlt, dass neben dem Stadtrat auch der Kreistag die Verlängerung befürwortet.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: IKA slw/2025.02.19/Ö-1

Zur weiteren Veranlassung an SFB 8

Zur Kenntnis an SFB 1

Scholl
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 19.02.2025	Vorlage: SFB8/018/2025
		TOP 2
		öffentlich
Fachbereich: SFB8 - Regionalmanagement, Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung		

Betreff:
Entwicklungsstrategie stadt.land.wü.

Anlage/n:

- Anlage 1 Grundlagenpapier Entwicklungsstrategie stadt.land.wü.
- Präsentation

Sachverhalt:

1. Ausgangspunkt und Anlass

Die Region und die einzelnen Gebietskörperschaften, Stadt und Landkreis Würzburg sowie die 52 kreisangehörigen Gemeinden, stehen vor vielfältigen Herausforderungen: Demografischer Wandel, Digitalisierung und Krisen, Verkehrswende und Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Regionen, steigende Bedürfnisse und Erwartungen der Bevölkerung. Dies führt zu einem wachsenden Aufgabenspektrum in den Verwaltungen bei immer knapper werdenden Ressourcen, finanziell und personell.

Unsere Stärke ist die interkommunale Zusammenarbeit, was zahlreiche Kooperationen auf organisatorischer, aber auch Projektebene - in der Summe mehr als 50 - beweisen. Ein sinnvoller Lösungsweg, um diesen Herausforderungen und den steigenden Ansprüchen gerecht zu werden, wird daher über eine intensivere interkommunale Zusammenarbeit gesehen.

Deshalb wurde die Initiative einer noch stärkeren Zusammenarbeit im Rahmen des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü. (IKA) im Februar 2023 geboren und eine Empfehlung gegeben. Es soll eine fundierte Analyse durchgeführt werden, um neue Synergien und weitere Handlungsfelder für Kooperationen zu identifizieren. Bestehende Strukturen sollen optimiert und gemeinsame Stärken ausgebaut werden.

Stadtrat und Kreistag gaben im Herbst 2023 den Auftrag, eine Zukunftsstrategie „stadt.land.wü.“ für die interkommunale Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis Würzburg zu entwickeln und sich diese durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie fördern zu lassen.

2. Zielsetzung

Die Region Würzburg soll als starker Wirtschafts-, Arbeits- und Wissenschaftsstandort sowie als attraktiver Lebens- und Erholungsraum gesichert, verbessert und weiterentwickelt werden, um das höchste Nutzenversprechen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu gewährleisten. Dies umfasst u.a.:

- Bündelung von Ressourcen und Kompetenzen von Stadt und Landkreis, Abbau von Doppelstrukturen und effizientere Verwaltungsstrukturen

- Förderung eines attraktiven Lebensraums durch abgestimmte Wohn-, Freizeit- und Mobilitätsangebote
- Stärkung der regionalen Wirtschaft und Innovation
- Schaffung einer nachhaltigen und resilienten Region im Einklang mit den Klimazielen

3. Sachstand des Projekts „Entwicklungsstrategie stadt.land.wü.“

Nachdem die Projektförderung zur Erarbeitung einer Entwicklungsstrategie stadt.land.wü. gemäß der Richtlinie zur Förderung Regionaler Initiativen im Freistaat Bayern für Zukunftsprojekte der Landesentwicklung (Förderrichtlinie Landesentwicklung – FÖRLa) Mitte Dezember 2023 positiv beschieden wurde, konnte nach dem notwendigen Ausschreibungsverfahren im März 2024 das Büro Neulandplus zur Beratung und Begleitung des Strategieprozesses beauftragt werden.

Das Projekt ist 2-stufig aufgebaut: die Analysephase und die Strategieerarbeitungsphase. Im Dezember 2024 konnte die Analysephase zur Bestandsaufnahme abgeschlossen werden. Das vorliegende Grundlagenpapier mit SWOT-Analyse (Stärken/Schwächen, Chancen/Risiken Analyse) und Darstellung der Hauptherausforderungen (vgl. Anlage 1) dokumentiert die Analysephase und stellt die Grundlage für das zu erstellende Strategiepapier dar.

Folgende Inhalte waren Teil der Analysephase und sind Inhalt des Grundlagenpapiers:

- Auswertung und strategische Zusammenfassung der bestehenden regionalen Konzepte (rund 40 Konzepte)
- Ein Startworkshop mit Führungskräften aus Stadt und Landkreis sowie eine Regionskonferenz mit Vertretern aus Politik, Verwaltung sowie von Wirtschaftsverbänden und weiteren Netzwerkpartnern.
- Bürgerbeteiligungsformate bestehend aus Bürgerforen in Stadt und Landkreis und einer Online-Befragung, um die Perspektiven der Bevölkerung einzubeziehen.
- Erste vertiefte Fokusgruppengespräche mit einzelnen Fachbereichen von beiden Verwaltungseinheiten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das Potential zur gemeinsamen Aufgabenerledigung (von Einzelaufgaben bis hin zur Zusammenlegung von Ämtern) gegeben ist.

4. Erste Erkenntnisse

Die Ergebnisse der Bürgerbefragung zeigen, dass die Bürgerschaft grundsätzlich zufrieden mit der Vereins- und Kulturlandschaft, der Nahversorgung (Angebot von regionalen Produkten), der Gesundheitsversorgung, der Öffentlichen Sicherheit und dem schnellen Internet ist. Wichtig bis sehr wichtig sind den Bürgern Infrastruktureinrichtungen, wie Bildungs-, Studien-, Ausbildungsangebote sowie Kinderbetreuung/Schule, Freizeitangebote im Bereich Sport, Kultur und Unterhaltung. Optimierungsbedarf sehen die Bürger vor allem in einer kundenfreundlichen, digitalen Verwaltung, einer guten Erreichbarkeit vom Arbeitsplatz und in „bezahlbarem“ Wohnraum sowie in der „Vorbereitung auf Herausforderungen“, wie der Minderung des Flächenverbrauchs, Mobilitäts- und Klimawende (Strom, Wärme).

Im Startworkshop und in der Regionskonferenz wurden folgende Herausforderungen fast durchgängig über alle Handlungsfelder genannt: geringe finanzielle Mittel und Personalmangel. Als mögliche Ansatzpunkte und Lösungsmöglichkeiten fielen immer wieder Begriffe, wie „gemeinsam angehen“, „interkommunal“, „Kompetenzzentren“ und „Verwaltungszusammenarbeit“.

Basierend auf den durchgeführten Workshops und Fokusgruppen sind Effizienzsteigerungs- und Einsparungspotenziale in aktuell folgenden Bereichen zu nennen, die für eine wesentlich vertiefte Zusammenarbeit (bis hin zur Zusammenlegung von Bereichen) bei Stadt, Landkreis und Landkreiskommunen spricht:

- *Verwaltung und Bürgerservice*
Standards und Digitalisierung öffentlicher Dienste, Bündelung von Aufgaben wie Standesamt und Ausländerwesen, Zulassungsstelle
- *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Verbraucherschutz, gemeinsames Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, Katastrophenschutz, Sicherheitskonzepte
- *Umwelt- und Klimaschutz, Mobilitätsmanagement*
Umsetzung regionaler Klimaschutzmaßnahmen, Ausbau erneuerbarer Energien, Gemeinsame Strategien zur Energieeffizienz
Integriertes Verkehrskonzept für die gesamte Region und Ausbau / Bündelung eines regional abgestimmten öffentlichen Nahverkehrs und Radwegenetzes
- *Schule und Bildung*
Engere Zusammenarbeit im schulischen Bereich, Koordination von Bildungsangeboten
- *Kultur, Sport und Ehrenamt*
Kulturförderung und Nutzung von Kultureinrichtungen, Ehrenamtskoordination, Regionale Sportförderung
- *Wirtschaft und Wettbewerb*
Gemeinsame Wirtschaftsförderung und Gewerbeflächenentwicklung, Standortmarketing für die gesamte Region, Innovationsförderung, Ausbau von Unternehmensnetzwerken, Tourismus-, Freizeit- und Naherholungsvermarktung, Statistik
- *Bau und Infrastruktur*
Eine Flächennutzungsplanung, gemeinsames Infrastrukturmanagement
- *Jugend, Familie und Soziales*
Bündelung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten, gemeinsames Sozial- und Jugendamt

Fazit

Durch die Vertiefung der Zusammenarbeit bei freiwilligen wie auch bei Pflichtaufgaben, die auch eine Zusammenfassung/Zusammenlegung von Bereichen beinhalten kann, besitzt die Region Würzburg großes Potenzial, Ressourcen zu sparen, die Effizienz und den Bürgerservice zu steigern, aber gleichzeitig die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger als auch die wirtschaftliche Stärke der Region nachhaltig zu steigern. Um dieses Potenzial zu heben, ist es notwendig rechtlich zu prüfen, in welcher Verwaltungsstruktur die Aufgabenerledigung möglich ist.

Vorbilder können hier die Region Hannover, die StädteRegion Aachen und die Region Saarbrücken sein. In diesen Regionen wurden jeweils die Landkreise aufgelöst. Die Aufgaben des Landkreises und bestimmte Aufgaben der jeweiligen kreisfreien Stadt (insbesondere Pflichtaufgaben) werden nunmehr von der jeweiligen neuen Gebietskörperschaft übernommen.

Eine neue öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft „Region Würzburg“ könnte somit als strukturelles Fundament für die Zusammenlegung dienen. Hierfür sind intensive Gespräche auf politischer und kommunaler Ebene notwendig.

Beschlussvorschlag:

1. Der Interkommunale Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.
2. Die Verwaltungen von Stadt und Landkreis Würzburg werden beauftragt, Vorschläge für eine zukünftige Verwaltungsstruktur zur noch engeren interkommunalen Zusammenarbeit (auch unter Einbindung der 52 Landkreiskommunen) weiter zu prüfen und dem Stadtrat und Kreistag vorzulegen.

Debatte:

Landrat Eberth führt in den Sachverhalt ein.

Herr Braminski, Persönlicher Mitarbeiter des Oberbürgermeisters, Stadt Würzburg, gibt anhand einer Präsentation einen Einblick in die Entwicklungsstrategie stadt.land.wü. und macht deutlich, dass ein mehr an Zusammenarbeit gewünscht werde. Wachsendes Aufgabenspektrum in den Verwaltungen, Personalknappheit, Finanzen und Erwartungen der Bevölkerung (Bürgerservice, Digitalisierung, ÖPNV, Klimaschutz, etc.) seien Dinge, die alle beschäftigen. Die Stadt Würzburg und der umliegende Landkreis seien bereits durch enge wirtschaftliche Verflechtungen miteinander verbunden. Die Politik sei nun aufgefordert zu entscheiden, ob diese Strategie weiterverfolgt werden solle.

Herr Dröse, Leiter Stabstelle Landrat, stellt dem Ausschuss in der Präsentation die Motivation dahinter vor, weitere Synergien und Handlungsfelder zur Zusammenarbeit zu identifizieren um bestehende Strukturen zu optimieren und gemeinsame Stärken auszubauen. Aus den gestarteten Konzepten wurde das Grundlagenpapier von neuland+ erarbeitet.

Herr Bühler, Gesellschafter Tourismus-, Kommunal- und Regionalentwicklung, neuland+, stellt die Ergebnisse aus dem „Grundlagenpapier“ Entwicklungsstrategie innerhalb der Präsentation vor und geht auf die einzelnen Handlungs- und Strategiefelder ein. Mit diesem Grundlagenpapier stehe man in der Startphase, dies sei kein ausgearbeitetes Konzept.

Kreisrat Hansen bittet um Auskunft, wie ein multimodaler Mobilitätsplan aussehen und dieser erarbeitet werden könne. Auch wäre die Frage in welchem Zeithorizont sich dies bewege. Er führt anhand eines Beispiels aus, wie schwierig es sei, ein gemeinsames Radkonzept zwischen Stadt und Landkreis zu erarbeiten, wenn der Kreistag dies ablehne. Seine Frage wäre hierzu, wie sichergestellt werde, dass Entscheidungen zwischen Stadt und Landkreis rechtsverbindlich seien.

Herr Bühler führt aus, dass zuerst überlegt werden solle, in welcher Struktur künftig Mobilitätsfragen bearbeitet werden. Er macht deutlich, dass zukünftig keine Entscheidung mehr zwischen Stadt und Landkreis geschlossen werden sondern die Struktur, die man für Mobilitätsfragen gewählt habe und diese bekäme dann den politischen Auftrag zu agieren.

Kreisrat Hansen sieht dies für sinnvoll an, in einer Struktur zu bearbeiten, doch sei ihm Transparenz und ein Mitspracherecht der Politik wichtig. Ferner interessiert ihn die Frage, wie man sicherstelle, dass Entscheidungen, die getroffen wurden, auch umgesetzt werden und welche Möglichkeiten innerhalb des Rechtsrahmen bestehen, vgl. mit der Städteregion Aachen – „Aachen-Gesetz“ – ob es dann ein „Würzburg-Gesetz“ gebe.

Herr Bühler regt zur Überlegung an, wie bereits am Beispiel Gesundheitsamt, Aufgabenstellungen zu delegieren und dieses Modell auch auf andere Themen auszubauen oder in eine Struktur zu gehen. Es brauche hierzu ein „Würzburg-Gesetz“ um den Rechtsrahmen zu stecken und auch politische Gremien, die dies entsprechend steuern.

Landrat Eberth stellt fest, da gerade das Thema Gesundheitsamt ein gutes Beispiel sei. In der Verwaltung gebe es eine Vielzahl an Möglichkeiten eine Vereinfachung und Neuordnung darzustellen. Es sei hier zu überlegen, welche Kompetenzen ein Landkreis – eine Stadt – ein Stadtrat – ein Kreistag abgebe um übergreifende Themen auch übergreifend beschließen zu lassen und wie mutig der Kreistag/Stadtrat sei, mit einem Regionsgedanken Entscheidungen niederschwelliger zu gestalten und abzugeben. Darüber müsse diskutiert werden.

Kreisrat Hansen würde begrüßen, wenn es z.B. bei einem gemeinsamen ÖPNV auch ein gemeinsames Gremium mit Aufsichtsrat gebe, welches sich um die übergreifenden Fragen kümmere.

Landrat Eberth gibt zu verstehen, dass die politische Entscheidung am Ende, egal wie die Zusammenarbeit aussieht, bleiben müsse. Die Frage sei vielmehr wer sie trifft. Hierzu gebe es unterschiedliche Varianten und Lösungen.

Stadtrat Roth stellt fest, dass dieses Vorhaben nicht dem Selbstzweck diene, sondern ein Synergieeffekt, z.B. durch Einsparungen von Personal, entstehe und/oder eine Verbesserung für Bürgerinnen und Bürger in der Abwicklung darstelle. Er bittet Herrn Bühler um Auskunft, wo die Schwerpunkte liegen und in welcher Größenordnung gedacht werden könne.

Herr Bühler gibt zu verstehen, dass zum heutigen Zeitpunkt keine Endergebnisse diskutiert, sondern Erwartungen erst im nächsten Schritt ausgearbeitet werden. Momentan bestehe lediglich eine Grundidee, zu der man näher eingehen könnte, sollte die Entscheidung heute positiv ausfallen. Im nächsten Schritt müsse geklärt werden, welche Ämter und welche Aufgaben dies betreffe, um ein Mehr an Schlagkraft durch verbesserte Kommunikation und Zusammenführung von Ressourcen (z.B. Einsparung an Personal) zu organisieren. Eine Ausarbeitung verschiedener Modelle mit Stärken und Schwächen in welchen die gewünschte politische Steuerung verankert sei, werde erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Somit könne er die Fragen von Kreisrat Hansen und Stadtrat Roth derzeit nicht beantworten.

Landrat Eberth teilt mit, dass Erfahrungen aus Aachen u.a. zeigen, wenn dieser Weg konsequent gegangen werde, ein Effizienzgewinn zwischen 3-10 % möglich sei, dies alleine aber mit Hinblick auf den demographischen Wandel nicht alles sei. Händeringend werde z.B. im Landratsamt Main-Spessart seit 1 ½ Jahren eine Leitung des Gesundheitsamtes gesucht. Dies werde in Spezialbereichen (z.B. Umweltingenieure für den Ausbau der Windkraft) Normalität erlangen. Eine Bündelung der Kraft könne diese Probleme zwar nicht verbessern, jedoch effizienter machen, was unbedingt berücksichtigt werden müsse. Er weist auf die herrschende Lähmung von Entscheidungen durch unterschiedliche Vorgaben im Landkreis (in der Landkreisordnung) und bei den Gemeinden (in der Gemeindeordnung) hin. Die Fragen für den Mehrwert der Region sei im Miteinander zu definieren und derzeit noch völlig ergebnisoffen.

Stadtrat Roth warnt davor Entscheidungen nur auszulagern ohne einen Vorteil entweder auf Bürger- oder Kostenseite zu haben. Aus seiner Sicht wäre es falsch für Entscheidungsprozesse einen Koordinator zu benötigen, was eine Mehrung an Personal bedeute. Er sehe hier die Möglichkeiten, doch solle es sich in die richtige Richtung entwickeln.

Herr Bühler weist auf die Vielzahl der Prozesse z.B. im Ausländerwesen hin, welche optimierungsfähig seien. Dies müsse transparent aufgearbeitet werden, damit eine gute politische Grundlage bestehe.

Landrat Eberth sehe im Vergleich mit anderen Bundesländern, dass eine Entwicklung notwendig sei.

Oberbürgermeister Schuchardt sieht hier Fragen aufkommen: „Wie sieht es um Steuerung bei Gestaltung und Bestellung aus?“, „Wie sieht es im Vollzug mit Größenvorteilen der Produktion (IT-Einsatz) aus?“. Er geht auf die zunehmende Komplexität in der Sachbearbeitung ein und fragt sich, wie es mit dem Vorhalten von Expertise aussehe, um Stabilität im Verwaltungshandeln zu bekommen. Es könne auf Stärken geschaut werden, um daraus zu lernen. Es müsse genau geprüft werden ob eine Stellenmehrung dadurch entstehe oder Einsparungen möglich seien.

Landrat Eberth gibt zu bedenken, welche Überforderung bereits manche Verwaltungen von den 52 Gemeinden im Landkreis Würzburg in der Kleinteiligkeit von Verwaltungsaufgaben haben. Umlagekraft reicht dafür nicht mehr aus.

Beschluss:

1. Der Interkommunale Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.
2. Die Verwaltungen von Stadt und Landkreis Würzburg werden beauftragt, Vorschläge für eine zukünftige Verwaltungsstruktur zur noch engeren interkommunalen Zusammenarbeit (auch unter Einbindung der 52 Landkreiskommunen) weiter zu prüfen und dem Stadtrat und Kreistag vorzulegen.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: IKA slw/2025.02.19/Ö-2

Zur weiteren Veranlassung an SFB 8

Zur Kenntnis an S

Scholl
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 19.02.2025	Vorlage: StabL/049/2025
		TOP 3
		öffentlich
Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat		

Betreff:

Bericht über die Planungen zur Sanierung der Leistenstraße, Würzburg

Anlage/n:

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat und Kreistag Würzburg

Sachverhalt:

Die beiden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat und Kreistag Würzburg haben mit beiliegendem Schreiben vom 04.02.2025 einen Antrag zum Interkommunalen Ausschuss stadt.land.wü. gestellt.

Beschlussvorschlag:

Eine Weiterverfolgung des Antrages wird beschlossen. Der „Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.“ wird sich im nächsten Sitzungslauf damit beschäftigen.

Debatte:

Landrat Eberth führt kurz in den Sachverhalt ein und erwähnt, dass seitens der Stadtverwaltung angemerkt wurde, dass man sich bei der nächsten Ausschusssitzung ob der nötigen Vorbereitung damit beschäftigen wird.

Stadtrat Hofmann sehe dies primär, wie es im Antrag stehe, nicht als Aufgabe dieses Ausschusses. Es sei zweifelsohne ein großer Sanierungsbedarf in der Leistenstraße, weshalb im Haushalt bereits 250.000,00 € eingestellt und genehmigt wurde. Es könne auch hierzu ein Sachstandsbericht mit Planungsvarianten gegeben werden aber es brauche zwangsläufig seine Zeit. Doch eine Beschäftigung mit diesem Thema gehöre in die Gebietskörperschaft verortet.

Landrat Eberth stellt klar, dass es sich zuerst um einen Sachstandsbericht handle.

Kreisrat Hansen nimmt auf die Aussage von Stadtrat Hofmann Bezug und stellt klar, dass die Leistenstraße für Würzburg äußerst relevant sei und gibt die Sicht als Radfahrer aus dem westlichen Landkreis wieder. Er betont dabei die Sicherheitslücke und die Wichtigkeit für den Landkreis und sieht die Notwendigkeit der Befassung im Ausschuss, weshalb ein Bericht beantragt werde.

Landrat Eberth würde dem zustimmen. Im Beschlussvorschlag stehe: „wird Bericht über die Planungen zur Sanierung der Leistenstraße erstattet.“ Die Entscheidungskompetenz liege selbstverständlich beim Stadtrat, doch in diesem Ausschuss darüber zu sprechen halte er für nicht verkehrt.

Stadtrat Roth ergänzt hierzu, dass hierzu gerne kommuniziert und informiert werden könne, doch klar muss sein, dass die Entscheidungs- und Planungshoheit bei der Kommune liege.

Beschluss:

Eine Weiterverfolgung des Antrages wird beschlossen. Der „Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.“ wird sich im nächsten Sitzungslauf damit beschäftigen.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: IKA slw/2025.02.19/Ö-3

Zur weiteren Veranlassung an S

Scholl
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen beendet **Landrat Eberth** um 17:03 Uhr die Sitzung.